

AUSZUG AUS DEM AMNESTY JAHRESBERICHT 2013

THEMENGEBIET: SEXUELLE ORIENTIERUNG UND GESCHLECHTLICHE IDENTITÄT

Albanien

Im Mai 2012 fand die erste *Gay-Pride-Parade* in Tirana statt. Die Staatsanwaltschaft Tirana lehnte eine Anzeige von Organisationen für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle gegen den stellvertretenden Verteidigungsminister Ekrem Spahiu wegen dessen homophober Äußerungen zur Parade ab.

Armenien

Am 8. Mai 2012 wurde eine schwulenfreundliche Bar in der Hauptstadt Eriwan angegriffen. Eine Sicherheitskamera machte Aufnahmen von zwei Personen, die Molotow-Cocktails durch die Fenster warfen. Berichten zufolge traf die Polizei erst zwölf Stunden später ein, um den Angriff zu untersuchen. Im Zuge der Ermittlungen wurden zwei junge Männer festgenommen. Sie kamen jedoch kurz darauf gegen Zahlung einer Kaution frei, die zwei Parlamentsabgeordnete der nationalistischen Partei Armenische Revolutionäre Föderation für sie bezahlten. Die Parlamentarier billigten den Angriff und sagten, er stehe im Einklang mit »der gesellschaftlichen und nationalen Ideologie«. Der Sprecher der regierenden Republikanischen Partei und stellvertretende Parlamentspräsident, Eduard Sharmazanov, wurde in der lokalen Presse mit Äußerungen zitiert, die den gewaltsamen Angriff rechtfertigten.

Bahamas

Die Diskriminierung von LGBTI-Personen gab nach wie vor Anlass zu Besorgnis. Die Regierung unternahm bisher nichts, um ein Rahmengesetz zu erlassen, das LGBTI-Personen vor Diskriminierung schützt.

Belarus

Das Gesetz über gesellschaftliche Vereinigungen legte für Organisationen weiterhin strikte Bestimmungen fest, was ihre Registrierung und ihre Tätigkeit betraf. Alle NGOs benötigten nach wie vor eine staatliche Genehmigung, um arbeiten zu können. Sich an Aktivitäten nicht registrierter Vereinigungen zu beteiligen, galt nach Paragraph 193 Abs. 1 des belarussischen Strafgesetzes weiter als Straftat.

- Im Januar 2012 erfuhr die Organisation *Human Rights Project Gay Belarus*, die sich für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen einsetzt, dass ihr Antrag auf Registrierung abgelehnt worden war. Zur Begründung hieß es, die Namen von zwei der 61 Gründungsmitglieder hätten Schreibfehler enthalten und ihre Geburtsdaten seien nicht korrekt gewesen.

Bosnien Herzegowina

Obwohl das Antidiskriminierungsgesetz Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität verbietet, existierte kein System, um Fälle von Diskriminierung zu erfassen. Angriffe gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle wurden von staatlicher Seite nicht öffentlich verurteilt. Gegen die Verantwortlichen für die

Angriffe auf die Organisatoren und Teilnehmer des *Sarajevo Queer Festivals* im Jahr 2008 wurden weder Ermittlungen eingeleitet, noch wurden sie strafrechtlich verfolgt.

Bulgarien

Homophobe Parolen in der Öffentlichkeit und Gewalttaten waren nach wie vor verbreitet. Die bulgarischen Gesetze sehen derzeit keine Strafen wegen Hassverbrechen vor, die aufgrund der sexuellen Orientierung oder der geschlechtlichen Identität verübt werden.

- Am 30. Juni 2012 verlief die fünfte *Sofia-Pride-Parade* ohne Zwischenfälle, obwohl Gegner der Veranstaltung zu massiver Gewalt gegen Teilnehmer und Unterstützer aufgerufen hatten und sich die Bulgarische Orthodoxe Kirche und die Heilige Synode diskriminierend geäußert hatten. Die rechtsextreme Bulgarische Nationale Union hielt ein paar Stunden vor der *Pride-Parade* eine Gegendemonstration ab.
- Vier Jahre nach dem Mord an Mihail Stoyanov im Borisowa-Park in Sofia und mehrere Monate nach Ende der Ermittlungen wurden im Dezember 2012 zwei Tatverdächtige angeklagt, den 25-jährigen Medizinstudenten ermordet zu haben. Dem Vernehmen nach gehörten sie zu einer Gruppe, die behauptete, sie würde den Park von schwulen Männern »säubern«.

Gambia

Der Nationale Geheimdienst (*National Intelligence Agency – NIA*) und die Polizei nahmen regelmäßig willkürliche Festnahmen vor. In Gewahrsam genommene Personen wurden oft über die legale Frist von 72 Stunden hinaus ohne Anklage festgehalten. Dies verstieß gegen die Verfassung, die vorsieht, dass ein Straftatverdächtiger binnen 72 Stunden nach der Festnahme einem Richter vorzuführen ist.

- Im April 2012 wurden bei einer Razzia in einem Nachtclub 18 Männer und zwei Frauen festgenommen, die Lesben, Schwule, Bisexuelle oder Transgender waren bzw. dafür gehalten wurden. Gegen sie wurde Anklage wegen »versuchter Unzucht« und »Verabredung zur Begehung schwerer Straftaten« erhoben. Wegen Mangels an Beweisen wurden die Vorwürfe im August fallen gelassen.

Georgien

In Tiflis griffen orthodoxe Christen Angehörige sexueller Minderheiten an.

- Im Zentrum von Tiflis wurde am 3. Mai 2012 eine friedliche Kundgebung zum Internationalen Tag gegen Homophobie und Transphobie angegriffen. Eine Gruppe orthodoxer Christen und Mitglieder der Vereinigung Orthodoxer Eltern beleidigten und bedrohten Demonstrierende der georgischen Organisation Identoba, die sich für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen einsetzt. Als es zu einer Schlägerei zwischen beiden Seiten kam, griff die Polizei ein. Fünf Personen wurden festgenommen und kurz darauf wieder freigelassen.

Ghana

Nach wie vor wurden einvernehmliche sexuelle Aktivitäten zwischen gleichgeschlechtlichen Erwachsenen strafrechtlich verfolgt.

Auch im Berichtszeitraum kam es zu Gewaltakten gegen mutmaßliche Lesben und Schwule. Im März 2012 wurde im Bezirk Jamestown der Hauptstadt Accra eine Trauungszeremonie von zwei Frauen von Jugendlichen gestört, die das Paar und seine Gäste angriffen. Später wurden die beiden Frauen festgenommen und in der Polizeistation von Jamestown wegen »illegaler Praktiken« festgehalten. Nach Einschreiten ihrer Verwandten kamen sie wieder frei.

Die Kommission für die Revision der Verfassung empfahl in ihrem Abschlussbericht, der Oberste Gerichtshof solle über die Legalisierung gleichgeschlechtlicher sexueller Handlungen entscheiden. Die Regierung nahm diese Empfehlung »zur Kenntnis«.

Griechenland

Im November 2012 berichteten LGBTI-Aktivist*innen, dass Vorfälle homophober Gewalt in der griechischen Hauptstadt Athen stark zugenommen hätten. Die Betroffenen gaben an, dass die Angreifer Mitglieder rechtsextremer Gruppierungen seien und sich darunter auch einzelne Mitglieder der rechtsextremen Partei Chrysi Avgi befunden hätten.

Guyana

Gegenstand eines im März 2012 veröffentlichten Berichts der Universität der Westindischen Inseln waren die sozialen Auswirkungen von Gesetzen, die Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle betrafen. Dem Bericht zufolge zeigte sich die Mehrzahl der Befragten nicht bereit, gegen sie begangene Verbrechen zu melden, da sie befürchteten, aufgrund ihrer sexuellen Orientierung angeklagt zu werden.

Recht auf Gesundheit – HIV / AIDS

Im Mai 2012 kritisierte der nationale AIDS-Ausschuss, ein unabhängiges Beratungsgremium, die Regierung, weil sie gleichgeschlechtliche Beziehungen nicht entkriminalisiert und nur geringe Fortschritte bei der Bekämpfung der Stigmatisierung von Menschen mit HIV / AIDS gemacht habe. Ferner habe es die Regierung versäumt, den Zusammenhängen zwischen sexueller Gewalt und der Verbreitung von HIV unter Frauen und Mädchen nachzugehen und genügend Augenmerk auf die indigene Bevölkerung als besonders gefährdete Gruppe zu richten.

Iran

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle waren 2012 weiterhin vor dem Gesetz und im täglichen Leben Diskriminierungen ausgesetzt.

Italien

Der Oberste Gerichtshof bestätigte das Recht gleichgeschlechtlicher Paare auf Familienleben, einschließlich der gleichen Behandlung wie heterosexuelle Ehepaare in bestimmten Situationen. Allerdings befand der Gerichtshof auch, dass im Ausland geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen nach italienischem Recht nicht gültig seien.

Jamaika

Nach vorliegenden Informationen wurden Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle in verstärktem Maße angegriffen und drangsaliert.

LGBTI-Organisationen berichteten, dass LGBTI verstärkt angegriffen, drangsaliert und bedroht wurden. Viele der Angriffe wurden nicht vollständig und umgehend untersucht.

Während des Wahlkampfes im Dezember 2011 hatte Premierministerin Portia Simpson Miller erklärt, dass niemand wegen seiner sexuellen Orientierung diskriminiert werden dürfe. Einmal gewählt, unternahm die Regierung jedoch nichts, um diskriminierende Gesetze abzuschaffen.

Bei der Interamerikanischen Menschenrechtskommission wurde eine zweite Beschwerde gegen Bestimmungen des Gesetzes über rechtswidrige Handlungen (*Offences Against the Person Act*) – allgemein als *buggery law* bezeichnet – mit der Begründung eingelegt, dass diese verfassungswidrig seien und Homophobie förderten.

Kamerun

Wie schon in den Jahren zuvor, schränkte die Regierung auch 2012 die Aktivitäten von Regierungsgegnern und Journalisten ein. Es wurden Personen festgenommen, die man verdächtigte, homosexuelle Beziehungen zu unterhalten. Einige von ihnen erhielten Gefängnisstrafen. Menschen, die sich für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen einsetzten, waren Schikanieuren und Misshandlungen ausgesetzt. Die Behörden unternahmen nichts, um Betroffene vor Angriffen zu schützen. In einigen Gefängnissen herrschten harte und gelegentlich lebensbedrohliche Bedingungen.

Menschenrechtsverteidiger

Menschenrechtsverteidiger und ihre Familienangehörigen erhielten Morddrohungen und wurden von Personen attackiert, bei denen es sich ihrer Vermutung nach um Beauftragte oder Anhänger der Regierung handelte.

- Am 27. März 2012 hinderten Regierungskräfte Personen, die sich für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen einsetzten, in Yaoundé an der Durchführung eines von der EU finanzierten Workshops zu den Rechten sexueller Minderheiten. Dieser Aktion war eine gewaltsame Störung des Workshops durch Angehörige der sich selbst als homosexuellenfeindlich bezeichnenden Jugendorganisation *Rassemblement de la Jeunesse Camerounaise* vorausgegangen.

Angehörige der Sicherheitskräfte hatten zuvor Stéphan Koche, den Organisator des Workshops, festgenommen und über mehrere Stunden festgehalten.

Es kam weiterhin zu Gewalt, willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen sowie anderen Menschenrechtsverletzungen wegen der tatsächlichen oder vermeintlichen sexuellen Orientierung von Personen. Die Behörden versäumten es, Menschen zu schützen, die in Gefahr waren, Opfer von tätlichen oder anderen Übergriffen durch nichtstaatliche Akteure zu werden.

- Franky Ndome Ndome, der zusammen mit Jonas Nsinga Kimie eine fünfjährige Haftstrafe wegen homosexuellen Verhaltens absaß, wurde im Juni 2012 von Wachpersonal des Gefängnisses von Kondengui geschlagen und anderweitig misshandelt. Die beiden Männer sollen außerdem wiederholt von Mithäftlingen angegriffen worden sein. Die Behörden unternahmen nichts, um gegen die Verantwortlichen vorzugehen oder die beiden Männer zu schützen.
- Am 14. Februar 2012 wurden drei Frauen, Martine Solange Abessolo, Esther Aboa Belinga und Léonie Marie Djula, in Ambam in der Südprovinz festgenommen. Sie wurden beschuldigt, lesbisch zu sein. Berichten zufolge hatte der Ehemann von Léonie Djula den Behörden zuvor mitgeteilt, dass seine Frau von den anderen beiden Frauen zu gleichgeschlechtlichen Handlungen verführt worden sei. Martine Abessolo und Esther Belinga wurden anschließend vor dem erstinstanzlichen Gericht in Ambam wegen gleichgeschlechtlicher Handlungen und der Entehrung von Léonie Djula angeklagt. Sie wurden am 20. Februar vorläufig freigelassen und legten ein Rechtsmittel wegen Unregelmäßigkeiten bei ihrer Festnahme ein. Das Berufungsgericht von Ebola hatte zum Jahresende noch kein Urteil gesprochen.
- Am 17. Dezember 2012 bestätigte das Berufungsgericht das 2011 gegen Jean-Claude Roger Mbede ergangene Urteil wegen homosexueller Handlungen. Er war zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Kroatien

Roma und kroatische Serben waren von Diskriminierung betroffen, ebenso wie Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle.

Der rechtliche Schutz gegen Hassverbrechen aus homophoben oder transphoben Motiven wurde verbessert. Im Zuge einer 2012 verabschiedeten Reform wurde die Geschlechtsidentität einer Person als Grund für ein Hassverbrechen in das Strafgesetzbuch aufgenommen. Da es jedoch keine speziellen Richtlinien für die Polizei gab, wurden tätliche Angriffe auf Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle in einigen Fällen als Bagatelldelikte eingestuft und mögliche Hassmotive nicht untersucht.

Lettland

Opfer von Hassverbrechen, die aufgrund von Geschlecht, einer Behinderung oder der sexuellen Orientierung begangen wurden, waren durch das Gesetz nicht geschützt. Asylsuchende hatten keinen angemessenen Zugang zu Verfahren zur Feststellung der Flüchtlingseigenschaft. Die Todesstrafe wurde für alle Delikte abgeschafft. Über 300000 Menschen blieben weiterhin staatenlos.

Die Gesetze gegen Hassverbrechen beinhalteten keinen Schutz für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle, Behinderte oder Opfer geschlechtsspezifischer Hassverbrechen. Das Strafrecht sah ausschließlich Strafen für die Anstiftung zum Hass aus rassistischen, ethnischen oder religiösen Motiven vor und erkannte lediglich rassistische Motive als erschwerenden Umstand eines Hassverbrechens an.

Im Juni 2012 fand in Riga die vierte jährliche *Baltic Pride Parade* mit mehr als 600 Teilnehmenden in guter Zusammenarbeit mit der Polizei statt ; Parlamentsmitglieder und der Außenminister waren bei der Veranstaltung zugegen.

Libanon

Angehörige der LGBTI-Gemeinschaften sahen sich Diskriminierungen und Misshandlungen ausgesetzt.

- Im Juli 2012 wurden 36 Männer, die während einer Filmvorführung festgenommen worden waren, zwangsweise einer rektalen Untersuchung unterworfen. Damit sollte festgestellt werden, ob sie Analverkehr gehabt hatten. Daraufhin forderte der nationale Medizinerverband alle Ärzte im Land auf, sich nicht an solchen missbräuchlichen Maßnahmen zu beteiligen, und kündigte bei Nichtbeachtung disziplinarische Schritte an.

Liberia

Das Justizwesen war nach wie vor ineffizient. Der Zugang zu Hafteinrichtungen wurde erschwert. Heterosexuelle und lesbische Frauen, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle sahen sich nach wie vor mit Diskriminierungen konfrontiert. 41 Personen wurden ohne ordnungsgemäße Verfahren an Côte d'Ivoire ausgeliefert.

Vor dem Hintergrund weit verbreiteter Homophobie in der liberianischen Öffentlichkeit und in den Medien wurden in der Legislaturperiode zwei Gesetze eingeführt, mit denen gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen noch stärker unter Strafe gestellt wurden und die somit die Diskriminierung verstärkten. Im Juli stimmte der Senat geschlossen für eine Änderung des Familienrechts, nach der gleichgeschlechtliche Ehen als Verbrechen zweiten Grades gelten sollen. Das Repräsentantenhaus hatte Ende 2012 noch nicht über den Gesetzentwurf abgestimmt. Durch einen zweiten Gesetzentwurf sollen die »Förderung« der Homosexualität unter Strafe gestellt und lange Haftstrafen für die Aufnahme einvernehmlicher gleichgeschlechtlicher sexueller Beziehungen verhängt werden können. Dieser Entwurf stand Ende 2012 im Repräsentantenhaus noch zur Abstimmung an und soll dann dem Senat vorgelegt werden. Durch die zweideutige Formulierung der Klausel, in der es um die »Förderung« von Homosexualität geht, könnte die Arbeit von Menschenrechtsverteidigern kriminalisiert werden.

Zahlreiche Angehörige sexueller Minderheiten berichteten über Beispiele von Diskriminierung und Schikanen wegen ihrer sexuellen Orientierung. Viele gaben auch an, dass sie durch die Einführung der genannten Gesetzentwürfe, mit denen die Stigmatisierung gleichgeschlechtlicher sexueller Beziehungen festgeschrieben wurde, immer mehr um ihre Sicherheit fürchteten und sie Angst davor hätten, staatliche Leistungen wie Gesundheits- und Sozialleistungen oder den Schutz der Polizei in Anspruch zu nehmen.

Litauen

Es kam weiterhin zu Diskriminierungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen, u. a. wenn sie ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit wahrnahmen.

Diskriminierende gesetzliche Bestimmungen sowie andere Vorschriften, die in diskriminierender Weise gegen Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung angewendet werden können, blieben weiterhin in Kraft. Dies betraf speziell die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen sowie von Personen, die stellvertretend für diese Bevölkerungsgruppen für die Rechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit eintraten. Darüber hinaus lagen Vorschläge für weitere diskriminierende Bestimmungen vor.

- Im Juni 2012 wurde der jüngste Versuch zur Änderung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, mit dem das »Propagieren von Homosexualität« in der Öffentlichkeit verboten werden sollte, von einer Mehrheit im Parlament abgelehnt.

Das Parlament prüfte einen Vorschlag zur Verfassungsänderung, der vorsah, die Definition von »Familie« auf ein miteinander verheiratetes Paar von Mann und Frau zu beschränken. Dies könnte zur Diskriminierung aufgrund des Familienstatus und der sexuellen Orientierung führen.

Malawi

Am 18. Mai 2012 kündigte Präsidentin Banda an, dass Gesetze, die die Menschenrechte einschränken – darunter auch Gesetze, die Homosexualität unter Strafe stellen –, so rasch wie möglich abgeschafft werden sollten. Zwar gab es mehrere Gesetzesreformen, die Gesetze aber, nach denen Homosexualität strafbar ist, blieben in Kraft.

Malta

Im Juni 2012 erfolgte eine Änderung des Strafgesetzbuchs. Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität wurden in den Katalog von Umständen aufgenommen, die, wenn sie gewissen Delikten als Motiv zugrunde liegen, zu einer Verschärfung des Strafmaßes führen.

Ebenfalls im Juni wurde im Gesetz über die Gleichstellung von Männern und Frauen die Definition von Diskriminierung erweitert. Sie schließt nunmehr Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität ein. Das Mandat des nationalen Gleichstellungsgremiums, der Nationalen Kommission zur Förderung der Gleichstellung, die mit der Überwachung der Umsetzung der Gleichstellungsgesetzgebung beauftragt ist, wurde entsprechend erweitert.

Mazedonien

Die Regierung unternahm nichts, um das Antidiskriminierungsgesetz von 2010 so abzuändern, dass es auch den Schutz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen vor Diskriminierung umfasst. Im Oktober 2012 äußerte sich der Minister für Arbeit und Soziales diskriminierend über Homosexuelle. Kurz darauf wurde ein Zentrum angegriffen, das eine NGO eingerichtet hatte, um sexuelle Minderheiten zu unterstützen.

Moldau

Im Mai 2012 verabschiedete das Parlament ein Antidiskriminierungsgesetz, das zum 1. Januar 2013 in Kraft tritt. Es entspricht jedoch nicht den internationalen Standards, da es keine Vorgaben für Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität oder des Gesundheitszustands enthält. Die Diskriminierung einiger Einzelpersonen und Gruppen hielt an.

- Im Februar 2012 wurde der 48-jährigen HIV-positiven I. H. eine Operation ihres schwer geschädigten Hüftgelenks mit der Begründung verweigert, sie sei HIV-positiv. Am 21. November 2011 hatte ihr der stellvertretende Direktor des Traumatologieund Orthopädiekrankenhauses von Chisinau mitgeteilt, dass eine solche Operation an HIV-positiven Patienten nicht vorgenommen werden könne. Die NGO Institut für Menschenrechte und der Menschenrechtsvertreter des Entwicklungsprogramms der UN schritten mit dem Hinweis ein, dass auf der ganzen Welt regelmäßig Hüftoperationen an HIV-positiven Patienten vorgenommen würden und eine solche Operation nicht zu Schädigungen führe, wenn das Immunsystem nicht schon vorher angegriffen war. Das Krankenhaus weigerte sich dennoch, die Operation vorzunehmen.
- Im März 2012 ergriffen im Vorfeld der Verabschiedung des Gleichstellungsgesetzes mehrere lokale Verwaltungen im ganzen Land diskriminierende Maßnahmen gegen verschiedene Gruppierungen in ihren Gemeinden. Verbote »aggressiver Propaganda einer nicht traditionellen sexuellen Orientierung« richteten sich gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle (LGBTI), auch Muslime wurden diskriminiert, indem sie ihren Glauben nicht in der Öffentlichkeit praktizieren durften. Nur eine Verwaltung verwarf diese Entscheidung nach Einschreiten der Ombudsperson.
- Am 12. Juni 2012 urteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass das Verbot einer LGBTI-Demonstration im Mai 2005 gegen das Recht auf Versammlungsfreiheit und gegen das Recht auf Freiheit von Diskriminierung verstoßen habe. Das Gericht wies die moldauische Regierung an, den Organisatoren *Gender Doc-M* innerhalb von drei Monaten 11 000 Euro Entschädigung zu zahlen.

Montenegro

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle wurden weiterhin diskriminiert.

Im September 2012 wurden drei homosexuelle Männer von Mitgliedern eines Fußballfanclubs aus Podgorica tödlich angegriffen. Zwei der angegriffenen Männer, ein Schauspieler und ein Regisseur, waren an der Produktion eines Videos gegen Homophobie beteiligt. Obwohl der Schauspieler Todor Vujosevic mehrfach um Polizeischutz bat, wurde er im Oktober erneut überfallen.

Neuseeland

Im August 2012 wurde das Gesetz zur ehelichen Gleichstellung (*Marriage [Equality] Amendment Bill*) in der ersten von drei Lesungen mit 80 gegen 40 Stimmen angenommen. Mit dem Gesetz soll die Definition der Ehe, wie sie im Ehegesetz (*Marriage Act*) von 1955 dargelegt ist, näher erläutert werden. Das neue Gesetz würde eine Ehe zwischen zwei Personen unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer geschlechtlichen Identität gestatten. Die endgültige Verabschiedung des Gesetzes steht noch aus.

Nigeria

Es kam weiterhin zu Menschenrechtsverletzungen gegen Menschen, die verdächtigt wurden, gleichgeschlechtliche Beziehungen zu unterhalten oder eine nicht konventionelle Geschlechtsidentität zu haben. Der Gesetzentwurf zum Verbot gleichgeschlechtlicher Ehen, der im Dezember 2011 von der Nationalversammlung verabschiedet worden war, passierte am 13. November im Repräsentantenhaus die zweite Lesung. Der Gesetzentwurf sieht 14 Jahre Gefängnis für jede Person vor, die »eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft oder Ehe eingeht«. Der Gesetzentwurf würde bei seiner Verabschiedung die Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit kriminalisieren.

Russland

Diskriminierung aufgrund von Abstammung, ethnischer Herkunft, Geschlecht, religiöser Überzeugung oder politischer Anschauung war nach wie vor weit verbreitet. In mehreren Regionen wurden 2012 Gesetze eingeführt, die Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender diskriminieren. Ein entsprechender Gesetzentwurf lag auch auf nationaler Ebene vor. Im April trat in St. Petersburg ein Gesetz in Kraft, das »Propaganda für Homosexualität, Bisexualität und Transsexualität vor Minderjährigen« verbietet. Eine ähnliche Gesetzgebung wurde in den Regionen Baschkirien, Tschukotka, Krasnodar, Magadan, Nowosibirsk und Samara eingeführt und in die Duma in Moskau eingebracht. Eine Reihe öffentlicher Veranstaltungen von Schwulen, Lesben, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen wurde verboten oder von der Polizei aufgelöst.

In ganz Russland wurden Angehörige sexueller und anderer Minderheiten weiterhin Opfer tätlicher Angriffe. Die Vorfälle wurden von den Behörden nicht gründlich untersucht, und die Täter blieben oft im Dunkeln.

- Am 4. August 2012 drangen in Tjumen vier Männer gewaltsam in einen Homosexuellen Club ein und beschimpften und attackierten mehrere Gäste. Die Polizei nahm die Angreifer fest. Als die Opfer auf die Polizeiwache gingen, um Anzeige zu erstatten, ließ man sie im selben Raum warten wie die Täter, die sie weiter bedrohten. Die vier Angreifer wurden später ohne Anklage freigelassen.

Serbien (einschliesslich Kosovo)

Im Oktober wurde die Belgrader *Gay Pride Parade* erneut verboten.

In Belgrad wurde im September 2012 ein schwuler Mann von Jugendlichen aus homophoben Motiven angegriffen und mit einem Hammer geschlagen. Im Oktober verbot der Ministerpräsident zum zweiten Mal in Folge die Belgrader *Gay Pride Parade* wegen nicht näher ausgeführter Sicherheitsrisiken. Im März wurde der Anführer der nationalistischen Organisation *Obraz*, Mladen Obradović, wegen Aufstachelung zur Diskriminierung anlässlich der Belgrader *Gay Pride Parade* 2009 zu zehn Monaten Haft verurteilt. Im November hob ein Berufungsgericht das Urteil auf und ordnete ein Wiederaufnahmeverfahren an.

Simbabwe

Feindseligkeit gegenüber Personen, die sich nicht konform der Geschlechterrollen verhielten, und Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen (LGBTI) war in Simbabwe nach wie vor weit verbreitet. Die Medien trugen in der Öffentlichkeit zu Vorurteilen gegen LGBTI bei, indem sie feindselige Kommentare über LGBTI von politischen Führungspersonlichkeiten, insbesondere im Kontext der Debatte um die neue Verfassung, veröffentlichten. Die ZANU-PF und die MDC-T beschuldigten sich gegenseitig, LGBTI in ihren Reihen aufzunehmen. Die Politisierung der Diskussion über die Verurteilung von Diskriminierung auf Grundlage der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität verstärkte die Schikane und Einschüchterung von LGBTI durch die Polizei.

- 44 Mitglieder der LGBTI-Organisation *Gays and Lesbians of Zimbabwe* (GALZ) wurden am 11. August 2012 über Nacht in der zentralen Polizeiwache Harare inhaftiert, nachdem die Polizei ihre Büroräume in Harare durchsucht hatte. Die Durchsuchung fand nach einer Veranstaltung statt, die von der GALZ angesetzt worden war, um den Verfassungsentwurf zu diskutieren und einen Bericht über Menschenrechtsverletzungen gegen GALZ-Mitglieder zu veröffentlichen. Nach der Freilassung der Gefangenen suchte die Polizei einige ihrer Wohnungen und Arbeitsplätze auf und nahm so das Bekanntwerden ihrer sexuellen Orientierung und damit ein erhöhtes Risiko der Diskriminierung in Kauf.
- Am 20. August 2012 durchsuchte die Polizei die Büroräume der GALZ ein zweites Mal und beschlagnahmte Computer und Flugblätter. Am 23. August wurde aufgrund der Betreuung einer »nicht eingetragenen« Organisation unter Verstoß gegen Abschnitt 6

(iii) des Gesetzes über Private Ehrenamtliche Organisationen (*Private Voluntary Organisation Act*) Anklage gegen die GALZ erhoben. Die GALZ war daraufhin zum ersten Mal seit 20 Jahren gezwungen, ihre Büroräume auf unbestimmte Zeit zu schließen, da sie weitere Durchsuchungen durch die Polizei befürchtete.

Slowakei

Im Oktober 2012 richtete die Regierung einen neuen Ausschuss für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen im Rahmen ihres Menschenrechtsrats ein. Der neue Ausschuss hat die Aufgabe, die Einhaltung der internationalen Menschenrechtsverträge durch die slowakischen Behörden zu überwachen.

Südafrika

Hassverbrechen, die sich insbesondere gegen lesbische Frauen richteten, erregten weiterhin öffentliche Besorgnis und Angst. Zwischen Juni und November 2012 wurden bei offensichtlich gezielten Angriffen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität mindestens sieben Menschen getötet, darunter fünf lesbische Frauen.

Die Arbeit der Regierung und des 2011 ins Leben gerufenen zivilgesellschaftlichen *Task Team* zur Verhütung weiterer Vorfälle dieser Art kam nur schleppend voran. Bei der Prüfung der Menschenrechtssituation im Rahmen der Universellen Regelmäßigen Überprüfung durch den UN-Menschenrechtsrat im September bestätigte die Regierung, dass ein »Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung von Hassverbrechen, Hassreden und unfairer Diskriminierung kurz vor dem Abschluss steht«.

Im Dezember verurteilten Angehörige des Justizministeriums Hassverbrechen und geschlechtsspezifische Gewalt als Angriff auf das Recht auf Leben und die Menschenwürde und erkannten an, dass »dringender Bedarf« an öffentlicher Aufklärung bestehe, um Vorurteile aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität zu bekämpfen.

Taiwan

Ein Lehrplan zur Gleichstellung der Geschlechter wurde wegen der von konservativen religiösen Gruppen im Jahr 2011 vorgebrachten Einwände erst mit Verspätung eingeführt. Dagegen wurden drei geplante Handbücher für Grund- und Mittelschullehrer mit Inhalten über Geschlechtsidentität, sexuelle Orientierung und alternative Familienkonzepte nicht veröffentlicht.

Trinidad und Tobago

Fürsprecher für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen setzten sich auch weiterhin dafür ein, dass die Diskriminierung aufgrund der

sexuellen Orientierung in das Gleichberechtigungsgesetz aufgenommen wird. Gleichgeschlechtliche Beziehungen blieben strafbar. Zwar wurden die entsprechenden Gesetze nicht angewandt, doch leisteten sie der allgemeinen Diskriminierung Vorschub.

Türkei

Die Regierung wies Forderungen aus der Zivilgesellschaft zurück, wonach sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität im Rahmen des Diskriminierungsverbots in die neue Verfassung aufgenommen werden sollten. Im Hinblick auf die Verabschiedung eines umfassenden Antidiskriminierungs-Gesetzes gab es 2012 keine Fortschritte. LGBTI-Aktivist*innen berichteten erneut von mutmaßlichen Hassmorden aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität von Personen, darunter auch fünf Morden an Transgender-Frauen.

Uganda

Die Rechte auf freie Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit waren weiterhin eingeschränkt. Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle wurden schikaniert. Polizisten und weitere Ordnungskräfte verübten nach wie vor Folter und andere Menschenrechtsverletzungen, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Ein aus dem Jahr 2009 stammender Entwurf für ein Anti-Homosexualitätsgesetz wurde im Februar 2012 erneut dem Parlament vorgelegt. Bis Jahresende war noch nicht über den Entwurf debattiert worden, da noch ein Bericht des Ausschusses für parlamentarische und juristische Angelegenheiten ausstand. Im Oktober hatte der Parlamentssprecher angekündigt, dass »bald« über den Gesetzentwurf debattiert würde. Seine Verabschiedung hätte eine noch stärkere Kriminalisierung von Homosexuellen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen (LGBTI) sowie weitere Menschenrechtsverletzungen zur Folge.

Die Einschränkungen des Rechts auf Vereinigungsfreiheit von LGBTI-Gruppen nahmen 2012 zu. Im Februar ließ der Ethik- und Integrationsminister ein Seminar für LGBTI in Entebbe gewaltsam beenden mit der Begründung, es sei rechtswidrig. Im Juni beendete die Polizei willkürlich einen Workshop und nahm die Organisatoren kurzzeitig in Haft. Im Rahmen des vom Projekt für Menschenrechte in Ostafrika und dem Horn von Afrika organisierten Workshops sollte LGBTI-Aktivist*innen aus Ruanda, Tansania, Kenia und Uganda Rüstzeug für die Menschenrechtsbeobachtung vermittelt werden. Das Innenministerium drohte, 38 NGOs, denen sie die Förderung der Homosexualität vorwarf, die Registrierung zu entziehen.

Ukraine

Die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen waren in Gefahr.

Im Oktober 2012 verabschiedete das Parlament in zweiter Lesung den Gesetzentwurf »Zur Verbesserung einiger Gesetze (zum Schutz des Rechts von Kindern auf einen

ungefährlichen Informationsraum)«. Das Gesetz sieht ein Verbot der Herstellung, Einführung und Verbreitung von Publikationen, Filmen und Videos vor, die für Homosexualität werben. Sollte das Gesetz in Kraft treten, würde damit das Recht auf freie Meinungsäußerung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen drastisch beschnitten.

- Am 20. Mai 2012 wurde die *Gay Pride Parade* in Kiew nur 30 Minuten vor dem Start abgesagt, nachdem die Polizei gewarnt hatte, dass zahlreiche nationalistische und religiöse Protestierende gedroht hätten, die Parade aufzuhalten. Ein Mitglied des Organisationsteams wurde von einer Bande Jugendlicher verprügelt, ein weiteres mit Tränengas besprüht.

Ungarn

In der neuen Verfassung war Familie ausschließlich als eine Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau definiert, was Bedenken hinsichtlich einer Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare auslöste. Im Dezember annullierte das Verfassungsgericht die Klausel.

Im Juli 2012 wurde ein neues Strafgesetzbuch verabschiedet, das die Definition von Hassverbrechen auf Straftaten ausdehnte, die aus Gründen der sexuellen Orientierung, der geschlechtlichen Identität oder wegen einer Behinderung verübt werden. NGOs begrüßten die Änderungen, zeigten sich jedoch besorgt, was die Umsetzung der neuen Bestimmungen betraf, da es keine wirksamen Richtlinien für Polizei und Strafverfolgungsbehörden zum Umgang mit Hassverbrechen gab.

Uruguay

Im Jahr 2012 wurden mindestens fünf transsexuelle Frauen getötet. Nur in einem Fall wurde die verantwortliche Person vor Gericht gebracht.